

687465-2023 - Wettbewerb

Deutschland – Bauaufsicht – A 59 Fahrbahnsanierung AS Flughafen - AS Troisdorf -
Bauüberwachung und Objektbetreuung
OJ S 218/2023 13/11/2023
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Die Autobahn GmbH des Bundes - NL Rheinland
E-Mail: FU-RHL-NL-KR-Vergabesevice@autobahn.de
Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen
Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: A 59 Fahrbahnsanierung AS Flughafen - AS Troisdorf - Bauüberwachung und
Objektbetreuung
Beschreibung: A 59 Fahrbahnsanierung AS Flughafen - AS Troisdorf - Bauüberwachung und
Objektbetreuung
Kennung des Verfahrens: 0555e7ea-df2f-4d62-8fd9-4b0f436482c9
Interne Kennung: 45-23-5058
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum
Wettbewerb/Verhandlungsverfahren
Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71520000 Bauaufsicht

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Hansastrasse 2
Stadt: Krefeld
Postleitzahl: 47799
Land, Gliederung (NUTS): Krefeld, Kreisfreie Stadt (DEA14)
Land: Deutschland

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Köln
Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)
Land: Deutschland

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Troisdorf
Land, Gliederung (NUTS): Rhein-Sieg-Kreis (DEA2C)
Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Für die geforderten Angaben, Nachweise und Erklärungen sind die vom Auftraggeber vorgefertigten Teilnahmeunterlagen zu verwenden. Die Teilnahmeunterlagen fassen die gewünschten Informationen und Nachweise der Bekanntmachung zusammen. Dieser Antrag auf Teilnahme ist zusammen mit den Bewerbungsunterlagen beim Auftraggeber auf elektronischem Weg einzureichen. Der Teilnahmeantrag und alle weiteren Unterlagen für die Bewerbung können unter <https://vergabe.autobahn.de> heruntergeladen werden. Der Antrag auf Teilnahme ist zwingend in seiner Form einzuhalten. Die geforderten Nachweise und gewünschten Erklärungen sind entsprechend der vorgegebenen Nummerierung der Anlagen zu den jeweiligen Kapiteln der Teilnahmeanträge zu gliedern und zu sortieren. Die Nichtverwendung sowie die unvollständige Verwendung / Ausfüllung der vorbereiteten Teilnahmeunterlagen können zu einem Ausschluss aus dem Vergabeverfahren führen. Nicht unterschriebene sowie nicht fristgerechte Teilnahmeanträge werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. Für die Bewerberauswahl werden nur die geforderten Unterlagen berücksichtigt, darüber hinaus gehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht. Ein Verweis auf frühere Bewerbungen reicht nicht aus. Kleinere Büroorganisationen und Berufsanfänger werden besonders auf die Möglichkeit der Bildung von Bewerbergemeinschaften hingewiesen. Folgende Unterlagen sind mit dem Teilnahmeantrag zwingend einzureichen: - Teilnahmeantrag (Interessensbestätigung) - Eigenerklärung zur Eignung inkl. der geforderten Nachweise und Eigenerklärungen: -- Versicherungsnachweis als gesonderte Anlage, -- Eigenerklärung über den Gesamtumsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags. -- Eigenerklärung zu innerhalb der letzten 3 bzw. 5 Jahren erbrachten vergleichbaren Leistungen (Referenzen). -- Eintragung in Berufs- oder Handelsregister. -- Angaben zu §§ 123 bis 125GWB -- Erklärung zur Gewährleistung der Qualität (Zertifikatsnachweis als gesonderte Anlage) -- Angaben zu Personen mit Funktion, beruflicher Qualifikation und Berufserfahrung. Studiennachweise und sonstige Bescheinigungen bzw. Angaben wie Berufserfahrung und ausgeübte Tätigkeit zu den zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen und Führungskräften als gesonderte Anlage - Liste der Projektverantwortlichen des AN - Referenzlisten B01 - B11 - EU Eigenerklärung Art. 5k VO (EU) Nr. 833-2014 Folgende Unterlagen sind mit dem Teilnahmeantrag, soweit zutreffend, einzureichen: - Erklärung Bewerbergemeinschaft - EU-Verzeichnis der Unterauftragnehmer - Verzeichnis anderer Unternehmen (Eignungsleihe) - Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer - Verpflichtungserklärung Eignungsleihe

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Angaben - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Konkurs: Angaben - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Korruption: Angaben - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Vergleichsverfahren: Angaben - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Angaben - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Angaben - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Angaben - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Angaben - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Betrugsbekämpfung: Angaben - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Angaben - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Zahlungsunfähigkeit: Angaben - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Angaben - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Angaben - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Angaben - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: Angaben - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gem. § 21 Arbeitnehmer-Entsendegesetz, § 98c Aufenthaltsgesetz, § 19 des Mindestlohngesetzes, § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz und § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz vorliegen (§ 124 (2) GWB). - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Angaben - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Angaben, - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Angaben, - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Angaben, - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Angaben, - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Angaben, - dass die Verpflichtung zur Zahlung der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde und insofern nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Auf gesondertes Verlangen: Vorlage von - Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, soweit Ihr Unternehmen beitragspflichtig ist.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Angaben, - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Entrichtung von Steuern: Angaben, - dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Angaben ordnungsgemäß erfüllt wurde und insofern nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Auf gesondertes Verlangen: Vorlage von -

Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes, soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:
Angaben, - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. - ggf.
Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: A 59 Fahrbahnsanierung AS Flughafen - AS Troisdorf - Bauüberwachung und Objektbetreuung

Beschreibung: A 59 Fahrbahnsanierung AS Flughafen - AS Troisdorf - Bauüberwachung und Objektbetreuung Im Zuge von Erhaltungsmaßnahmen wird die Fahrbahndecke auf der A59 zwischen der AS Troisdorf und der AS Flughafen Köln-Bonn in beiden Fahrtrichtungen für den ca. 10,0 km langen Streckenabschnitt erneuert. Die Gesamtmaßnahme wird in zwei Bauphasen aufgeteilt: - Bauphase 1: AS Troisdorf bis AS Spich in beiden FR - Bauphase 2: AS Spich bis AS Flughafen Köln-Bonn in beiden FR Die Arbeiten werden mit folgenden Baulosen abgewickelt: - Los 1 Straßen- und Erdbau - Los 2 Markierungsarbeiten - Los 3 Verkehrsführung - Los 4 Schutzeinrichtungen Die Bauwerke innerhalb der Erhaltungsmaßnahme werden nicht erneuert, so dass hier keine weiteren Maßnahmen erfolgen. Auf den Überführungsbauwerken wird lediglich die Deckschicht der Fahrbahn erneuert. Der AN übernimmt die - Bauüberwachung - Bauoberleitung und - Objektbetreuung für alle Leistungen aus den genannten Bauverträgen (einschließlich aller Lose) und sorgt für ihre vertragsgemäße Errichtung. Für vorbereitende und nach Schlussabnahme der Bauleistung durchzuführende Arbeiten ist jeweils ein Zeitraum von ca. zwei Monaten einzukalkulieren.

Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71520000 Bauaufsicht

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Hansastrasse 2

Stadt: Krefeld

Postleitzahl: 47799

Land, Gliederung (NUTS): Krefeld, Kreisfreie Stadt (DEA14)

Land: Deutschland

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Köln

Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)

Land: Deutschland

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Troisdorf

Land, Gliederung (NUTS): Rhein-Sieg-Kreis (DEA2C)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/03/2024

Enddatum der Laufzeit: 01/10/2026

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:freelance# *** Fortsetzung Bedingungen für die Ausführung des Auftrags (BT-70) *** Bei Bewerbergemeinschaften ist der Nachweis für jedes Mitglied getrennt zu erbringen. Für den Fall, dass Unterauftragnehmer Leistungen - unabhängig von einer Eignungsleihe - übernehmen, ist der Nachweis der Berufshaftpflicht für jeden einzelnen Unterauftragnehmer zu erbringen. Eine Zusicherung der

Versicherungsgesellschaft, dass im Auftragsfall die entsprechende Versicherungssumme garantiert wird, ist ausreichend. Zur Transparenz in der Entscheidungsfindung und

Vermeidung von Korruption ist eine Trennung der Verfahrensabläufe Planung, Vergabe und Abrechnung geboten. Daher ist sicherzustellen, dass die angebotenen Mitarbeiter über die

jeweilige Leistungsphase hinaus nicht in den Maßnahmenprozess eingebunden waren und werden. Auf Grund der Gewährleistung der Kontrollfunktion ist eine Funktionstrennung

zwischen Örtlicher Bauüberwachung, der Bauoberleitung sowie baubetrieblicher

Nachtragsbearbeitung erforderlich. Für die örtliche Bauüberwachung, die Bauoberleitung

sowie die baubetriebliche Nachtragsbearbeitung sind jeweils verschiedene Personen

einzusetzen. Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand

vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift: § 75 VgV. ***

Ende Bedingungen für die Ausführung des Auftrags (BT-70)*** Zusätzliche Informationen:

Auskünfte werden nur über den Kommunikationsraum erteilt. Auskünfte werden grundsätzlich nur auf solche Fragen erteilt, die bis 8 Tage vor Ablauf der Angebots- bzw. Teilnahmefrist über die Kommunikation der Vergabepattform bei der Vergabestelle eingegangen sind.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Ein Bewerber oder ein Bieter ist von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren wegen Unzuverlässigkeit auszuschließen, wenn der Auftraggeber Kenntnis davon hat, dass eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zu zurechnen ist, rechtskräftig verurteilt worden ist nach: A) § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 StGB zu begehen, B) § 108e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern), C) § 129 des Strafgesetzbuches (StGB) (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland), D) den §§ 232 und 233 StGB (Menschenhandel) oder § 233a StGB (Förderung des Menschenhandels), E) § 261 StGB (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte), F) § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der EG oder gegen Haushalte richtet, die von der EG oder in ihrem Auftrag verwaltet werden. G) § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der EG oder

Haushalte richtet, die von der EG in ihrem Auftrag verwaltet werden. H) § 299 StGB (Bestechung), auch in Verbindung mit Artikel 2 des EU-Bestechungsgesetzes, Artikel 2 § 1 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung, Artikel 7 Absatz 2 Nummer 10 des Vierten Strafrechtsänderungsgesetzes und § 2 des Gesetzes über das Ruhen der Verfolgungsverjährung und die Gleichstellung der Richter und Bediensteten des Internationalen Strafgerichtshofes; Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr). I) den §§ 333 und 334 StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB (Ausländische und internationale Bedienstete), Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr), J) § 370 der Abgabenordnung, auch in Verbindung mit § 12 des Gesetzes zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisationen und der Direktzahlungen (MOG), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der EG oder gegen Haushalte richtet, die von der EG oder in ihrem Auftrag verwaltet werden. 2) Einem Verstoß gegen diese Vorschriften gleichgesetzt sind Verstöße gegen entsprechende Strafnormen anderer Staaten. Ein Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Bewerber oder Bieter zuzurechnen, wenn sie für diesen Bewerber oder Bieter bei der Führung der Geschäfte selbst verantwortlich gehandelt hat oder ein Aufsichts- oder Organisationsverschulden gemäß § 130 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) dieser Person im Hinblick auf das Verhalten einer anderen für den Bewerber oder Bieter handelnden, rechtskräftig verurteilten Person vorliegt [§ 123 (1) Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9 und 10 GWB sowie § 123 (4) Nr. 1 GWB]. Bei Angaben, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde, ob sich das Unternehmen in Liquidation befindet [§ 124 Abs. 2 GWB], dass der Bewerber nicht aufgrund eines rechtskräftigen Urteils aus Gründen bestraft worden ist, die seine berufliche Zuverlässigkeit in Frage stellt [§ 124 Abs. 3 GWB], dass nachweislich im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit keine schweren Verfehlungen begangen wurden [§ 124 Abs. 3 GWB], dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde [§ 123 Abs. 4 GWB]. Näheres siehe Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb. Ist der inländische Bewerber eine juristische Person, deren satzungsgemäßem Geschäftszweck die dem Projekt entsprechenden Fach- / Planungsleistungen gehören, ist dieser nur dann teilnahmeberechtigt, wenn durch die Erklärung des Bewerbers zu III.2.3 nachgewiesen wird, dass der verantwortliche Projektbearbeiter die an die natürliche Person gestellten Anforderungen erfüllt.

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Eignungskriteriums: Erklärungen gemäß § 123 (1) Nr. 1 bis 10 und § 123 (4) Nr. 1 sowie § 124 (1) Nr. 2 GWB sind im Vordruck "Eigenerklärung zur Eignung" soweit keine EEE abgegeben wird, mit dem Teilnameantrag abzugeben. § 45 (4) Nr. 2 VgV:

Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung Nachweis, dass im Auftragsfall durch eine Haftpflichtversicherung eine Deckungssumme für Personenschäden in Höhe von 3,0 Mio € und für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) in Höhe von 5,0 Mio. € gegeben ist. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mind. das Zweifache der Versicherungssumme pro Jahr beträgt. Umweltschäden sind von der Berufshaftpflicht einzuschließen. Bei Bewerbergemeinschaften ist der Nachweis für jedes Mitglied getrennt zu erbringen. Für den Fall, dass Unterauftragnehmer Leistungen - unabhängig von einer Eignungsleihe - übernehmen, ist der Nachweis der Berufshaftpflicht für

jeden einzelnen Unterauftragnehmer zu erbringen. Eine Zusicherung der Versicherungsgesellschaft, dass im Auftragsfall die entsprechende Versicherungssumme garantiert wird, ist ausreichend.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Eignungskriteriums: § 46 (3) Nr. 2 VgV: Leistungsfähigkeit der technischen Fachkräfte, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen, inkl. berufliche Befähigung. Der Bewerber muss mindestens folgende Befähigung aufweisen:

Örtliche Bauüberwachung Mindestens zwei technische Fachkräfte sowie deren Stellvertretung, die maßgeblich die Leistung erbringen, jeweils mit abgeschlossenem Studium Bauingenieurwesen oder vergleichbar mit mind. 5-jähriger Berufspraxis im Bereich örtliche Bauüberwachung (Neu- und/oder Ausbau/Grundhafte Sanierung) von mit der vorliegenden Maßnahme vergleichbaren Projekten im Fernstraßenbau. Für die benannten Personen müssen jeweils mindestens zwei Referenzprojekte für die örtliche Bauüberwachung von Verkehrsanlagen - mit einer Streckenlänge von mind. 5 km Länge und - mit einem Bauvolumen ≥ 10 Mio. € im Zuge einer Bundesautobahn oder vergleichbaren Straße mit mindestens 2 Fahrstreifen je Fahrtrichtung aus den vergangenen 5 Jahren nachgewiesen werden (Eintrag siehe Anlage B 01 und B04). Auf Grund der Gewährleistung der Kontrollfunktion ist eine Funktionstrennung zwischen Örtlicher Bauüberwachung, der Bauoberleitung sowie baubetrieblicher Nachtragsbearbeitung erforderlich. Für die örtliche Bauüberwachung, die Bauoberleitung sowie die baubetriebliche Nachtragsbearbeitung sind jeweils verschiedene Personen einzusetzen. Bauoberleitung Mindestens eine technische Fachkraft sowie deren Stellvertretung, die maßgeblich die Leistung erbringen, jeweils mit abgeschlossenem Studium Bauingenieurwesen oder vergleichbar mit mind. 5-jähriger Berufspraxis im Bereich Bauoberleitung (Neu- und/oder Ausbau/Grundhafte Sanierung) von mit der vorliegenden Maßnahme vergleichbaren Projekten im Fernstraßenbau. Für die benannten Personen müssen jeweils mindestens zwei Referenzprojekte für die Bauoberleitung von Verkehrsanlagen - mit einer Streckenlänge von mind. 5 km Länge und - mit einem Bauvolumen ≥ 20 Mio. € im Zuge einer Bundesautobahn oder vergleichbaren Straße mit mindestens 2 Fahrstreifen je Fahrtrichtung aus den vergangenen 5 Jahren nachgewiesen werden (Eintrag siehe Anlage B 05 und B06). Auf Grund der Gewährleistung der Kontrollfunktion ist eine Funktionstrennung zwischen Örtlicher Bauüberwachung, der Bauoberleitung sowie baubetrieblicher Nachtragsbearbeitung erforderlich. Für die örtliche Bauüberwachung, die Bauoberleitung sowie die baubetriebliche Nachtragsbearbeitung sind jeweils verschiedene Personen einzusetzen. Technische Nachtragsbearbeitung Mindestens eine technische Fachkraft sowie deren Stellvertretung, die maßgeblich die Leistung erbringen mit jeweils abgeschlossenem Studium im Bauingenieurwesen oder vergleichbar mit mind. 5-jähriger Berufserfahrung im Bereich Baubetrieb im Zuge einer Bundesautobahn oder vergleichbaren Straße. Für die benannten Personen müssen jeweils mindestens ein Referenzprojekt aus den vergangenen 5 Jahren im Tätigkeitsbereich Nachtragsmanagement für Baumaßnahmen > 10 Mio. € für einen öffentlichen Auftraggeber nachgewiesen werden (Eintrag siehe Anlage B 07 und B08). Baubetriebliche Nachtragsbearbeitung Mindestens eine technische Fachkraft sowie deren Stellvertretung, die maßgeblich die Leistung erbringen mit jeweils abgeschlossenem Studium im Bauingenieurwesen oder vergleichbar und mind. 5-jähriger Berufserfahrung im Bereich Baubetrieb im Zuge von einer Bundesautobahn oder vergleichbaren Straße. Für die benannten Personen müssen jeweils mindestens ein Referenzprojekt aus den vergangenen 10 Jahren im Tätigkeitsbereich Nachtragsmanagement für Baumaßnahmen > 10 Mio. € infolge eines gestörten Bauablaufs und aus Störungen aus verzögerter Vergabe für einen öffentlichen Auftraggeber nachgewiesen werden (Eintrag siehe

Anlage B 09 und B 10). Der Nachweis des geforderten Mindeststandards kann bei Bedarf durch mehrere Referenzen nachgewiesen werden. Auf Grund der Gewährleistung der Kontrollfunktion ist eine Funktionstrennung zwischen Örtlicher Bauüberwachung, der Bauoberleitung sowie baubetrieblicher Nachtragsbearbeitung erforderlich. Für die örtliche Bauüberwachung, die Bauoberleitung sowie die baubetriebliche Nachtragsbearbeitung sind jeweils verschiedene Personen einzusetzen. § 46 (3) Nr. 1 VgV: Ausführung von Leistungen in den letzten drei Jahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind. Der Bewerber muss mindestens für ein Projekt im Tätigkeitsbereichen Neu- oder Ausbau/Grundhafte Sanierung einer Verkehrsanlage entsprechend der Anlage 13 HOAI mit einem Bauvolumen $\geq$ 20 Mio. € die örtliche Bauüberwachung und/oder Bauoberleitung im Zuge einer Bundesautobahn oder vergleichbaren Straße als Leistungen erbracht haben. (Eintrag siehe Anlage B 11). § 46 (3) Nr. 8 VgV: Durchschnittliche jährliche Beschäftigungszahl des Unternehmens und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten drei Jahren. Der Bewerber muss mindestens zehn technische Fachkräfte im Bereich der örtlichen Bauüberwachung /Bauoberleitung, die die o.g. Anforderungen gem. § 46 (3) Nr. 2 VgV erfüllen sowie zwei Führungskräfte, die für die technische Leitung verantwortlich sind, dauerhaft beschäftigt haben. § 46 (3) Nr. 9 VgV: Ausstattung, Geräte und technische Ausrüstung, über die das Unternehmen für die Ausführung des Auftrags verfügt. Über folgende Ausstattung muss der Bewerber verfügen: - Ausschreibungssoftware mit GAEB-Schnittstelle, z.B. iTWO - Datenübergabe im Dateiformat D11, D86, D83 und D84 sowie deren Weiterverarbeitung § 46 (3) Nr. 3 VgV: Maßnahmen des Bewerbers, zur Gewährleistung der Qualität und seiner Untersuchungsmöglichkeiten. Der Bewerber muss über ein geeignetes Qualitätsmanagementsystem verfügen § 46 (3) Nr. 10 VgV: Teil des Auftrages, der unter Umständen an Unterauftragnehmer vom Bewerber vergeben werden sollen. Der Bewerber ist nur dann geeignet, wenn die von ihm benannten Unterauftragnehmer den Mindeststandards für die übernommenen Leistungen genügen.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Personaleinsatz

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 35

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Fachlicher und technischer Wert

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 35

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://vergabe.autobahn.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=Details&TenderOID=54321-Tender-18baf3fe188-3d5646391e52f8b6>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://vergabe.autobahn.de>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 08/01/2024

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://vergabe.autobahn.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 14/12/2023 11:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Nachforderung der Unterlagen richtet sich nach § 56 VgV.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Schlichtungsstelle: Die Autobahn GmbH des Bundes

Überprüfungsstelle: Bundeskartellamt - Vergabekammern des Bundes

Informationen über die Überprüfungsfristen: Innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann ein Nachprüfverfahren bei der Vergabekammer beantragt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB).

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Die Autobahn GmbH des Bundes - NL Rheinland

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Die Autobahn GmbH des Bundes

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Die Autobahn GmbH des Bundes - NL Rheinland

TED eSender: Beschaffungsamt des BMI

8. Organisationen

8.1. **ORG-7007**

Offizielle Bezeichnung: Beschaffungsamt des BMI

Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

8.1. **ORG-7001**

Offizielle Bezeichnung: Die Autobahn GmbH des Bundes - NL Rheinland

Registrierungsnummer: USt-ID DE329214156

Postanschrift: Hansastrasse 2

Stadt: Krefeld

Postleitzahl: 47799

Land, Gliederung (NUTS): Krefeld, Kreisfreie Stadt (DEA14)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabestelle

E-Mail: FU-RHL-NL-KR-Vergabesevice@autobahn.de

Telefon: +49 21518190

Internetadresse: <https://www.autobahn.de>

Profil des Erwerbers: <https://www.autobahn.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Federführendes Mitglied

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. **ORG-7004**

Offizielle Bezeichnung: Bundeskartellamt - Vergabekammern des Bundes

Registrierungsnummer: N.N.

Postanschrift: Villemombler Straße 76

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53123

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Telefon: +49 22894990

Fax: +49 2289499163

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. **ORG-7005**

Offizielle Bezeichnung: Die Autobahn GmbH des Bundes

Registrierungsnummer: USt-ID DE329214156

Postanschrift: Heidestraße 15

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10557
Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)
Land: Deutschland
E-Mail: recht@autobahn.de
Telefon: +49 30640960
Fax: +49 30403680811
Internetadresse: <https://www.autobahn.de>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-7006

Offizielle Bezeichnung: Die Autobahn GmbH des Bundes
Registrierungsnummer: USt-ID DE329214156
Postanschrift: Heidestraße 15
Stadt: Berlin
Postleitzahl: 10557
Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)
Land: Deutschland
E-Mail: recht@autobahn.de
Telefon: +49 30640960
Fax: +49 30403680811
Internetadresse: <https://www.autobahn.de>

Rollen dieser Organisation:

Schlichtungsstelle

8.1. ORG-0000

Rollen dieser Organisation:

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 8b9d7ef7-f1ef-4b28-816d-7698fbe45072 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 09/11/2023 15:57:29 (UTC+01:00)
Mittleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 687465-2023
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 218/2023
Datum der Veröffentlichung: 13/11/2023